



Antrag	Datum	Nummer
Öffentlich	08.04.2013	2637/13
Absender Fraktion Piratenpartei Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Adressat Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium	Sitzungstermin	
Sozialausschuss	25.04.2013	
Rat	30.05.2013	
Betreff / Beschlussvorschlag Bargeldauszahlung an Asylbewerber		

Die Braunschweiger Zeitung berichtete am 12.03.2013 über die Pressekonferenz des neuen niedersächsischen Innenministers Boris Pistorius, in der er neue Grundsätze in der Asylpolitik ansprach. Dazu gehört auch, dass die Kommunen, selbst entscheiden sollen, ob Asylbewerber die Grundleistungen in Form von Wertgutscheinen oder Bargeld ausgehändigt werden (Erlass des Niedersächsischen Innenministeriums vom 27.02.2013: <http://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2007/02/20130304-Erlass-vom-27022013.pdf>)

Daher beantragen wir:

Die Stadt Braunschweig kündigt zum nächstmöglichen Zeitpunkt den Vertrag mit dem bisherigen Dienstleister für das Wertgutscheinverfahren, sofern ein externer Dienstleister damit beauftragt wurde.

Die Stadt Braunschweig wird die den Asylbewerbern zustehenden Leistungen zur Existenzsicherung vom nächstmöglichen Zeitpunkt an als Barleistungen auszahlen.

Begründung:

Das Wertgutscheinverfahren empfinden wir als diskriminierend.

Bargeldauszahlungen erkennen die Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung der hier lebenden Asylbewerber an.

Außerdem gehen wir davon aus, dass sich der verwaltungstechnische Aufwand erheblich reduzieren wird. Ein effektiveres verwaltendes Handeln inkl. Einsparungen sind die Folge.

Die Stadt Hannover, die die Änderung ab 01.06.2013 einführen wird, rechnet mit einer Ersparnis in Höhe von ca. 33.000 €.

Claudia Jonda
Stellv. Fraktionsvorsitzende

